

Ein Diskussionsangebot: Meine persönliche Sicht auf Vergangenheit

(Erneuert zur Kandidatur als OB-Kandidatin für Suhl im Jahr 2006 und im Jahr 2009 ein aktueller Beitrag zur Geschichtsdiskussion)

Liebe Leserin, lieber Leser!

Ich habe mich entschieden, 2006 zu den Oberbürgermeisterwahlen in Suhl als Kandidatin der PDS anzutreten. Das war für mich aus mehreren Gründen keine leichte Entscheidung. Ich habe mir und anderen immer wieder die Frage gestellt: Ist es gerechtfertigt und zu verantworten, mit einer Biografie, die über lange Zeit bis zur Wende unmittelbar mit der DDR und seit 1976 mit der SED verbunden war, zu dieser Wahl anzutreten?

Selbstverständlich kann man/frau verschiedene Antworten finden.

Als Diplomstaatswissenschaftlerin war für mich das Scheitern des Sozialismus auch verbunden mit einem persönlichen Scheitern. Ich war lange - zu lange - davon überzeugt, dass Fehler und Mängel aus eigener Kraft beseitigt werden können. Ich habe Verantwortung für die sozialistische Alternative in Deutschland aus Überzeugung übernommen, nicht gezwungenermaßen und nicht aus Karrieregründen. Ich stehe zu meinem bisherigen Leben und zu unserer Vergangenheit mit allen guten und schlechten Seiten, d.h. mit den Fehlern, Irrtümern und letztlich dem Versagen, aber auch zu den Ergebnissen, hoffnungsvollen Ansätzen und Errungenschaften. Die DDR war mein Mutter- und mein Vaterland und ich bin immer für eine differenzierte Sicht, also weder zum „Totalverriss“ noch zu nostalgischer Verklärung bereit.

Ich will versuchen, in konzentrierter Form (und daher nicht vollständig) meine heutige Sicht zur Vergangenheit und zu meiner Verantwortung in der Stadt Suhl bis 1989 zu formulieren und als Diskussionsangebot zu unterbreiten:

I. Ursachen des Scheiterns

Es gibt innere und äußere Gründe für das Scheitern des Sozialismus. Die Bedrohung von außen - der Klassenkampf- wurde bereits zu DDR - Zeiten immer in den Mittelpunkt gestellt und u. a. dafür benutzt, innere Probleme nicht zu thematisieren und öffentlich zu diskutieren.

Deshalb will ich an dieser Stelle weitgehend auf die Analyse der äußeren Umstände verzichten, wenngleich sie keine zu unterschätzende Rolle spielen. Gescheitert ist der Sozialismus - auch in der DDR - vor allem an strukturellen Defiziten und Deformationen, die insbesondere in der Ökonomie, im politischen System und dessen demokratischer, kultureller und emanzipatorischer Verfasstheit begründet waren.

Die herrschenden Machtstrukturen unter Führung der SED waren darauf angelegt, Sozialismus für die Menschen statt mit ihnen zu gestalten.

Aber : Demokratie ist ein Wesenszug des Sozialismus, entweder er ist demokratisch oder er ist keiner.

Über viele Jahre entfernte sich der Anspruch des Sozialismus immer mehr von der Realität und den Alltagserfahrungen der Menschen. Der Widerspruch zwischen Ideal und Wirklichkeit wurde immer größer und führte letztlich dazu, dass die Menschen sich immer weniger mit „ihrer Heimat DDR“ identifizierten und viele ihr den Rücken kehrten.

Heute wissen wir: Gesellschaftliches Eigentum an Produktionsmitteln hat nicht selbstverständlich zur Verfügungsgewalt der Produzenten über das materielle Ergebnis ihrer Arbeit geführt. Das Prinzip des demokratischen Zentralismus war in der Praxis zu Zentralismus und Administration verkommen.

Die Identifikation von Bürgerinnen und Bürgern mit dem Sozialismus, mit der DDR, ließ nach, ebenso wie Initiative und Bereitschaft zur Mitarbeit. Emanzipatorische Bewegungen (außerhalb der offiziellen DDR- Politik) wie die Frauen - und die Friedensbewegung, aus heutiger Sicht zähle ich auch Teile der Bürgerbewegung dazu, wurden negiert und bekämpft. Manch Einer oder Eine wurde so als Gegner abgestempelt, zum Feind gemacht, gequält und diskriminiert. Ja, es gab nicht wieder gut zu machendes und unentschuldigbares Unrecht. Dennoch halte ich den politischen Kampfbegriff Unrechtsstaat für falsch, weil er 16 Mio. DDR-Bürger diskriminiert und alle Bemühungen um eine sozialistische Gesellschaft als Alternative zum Kapitalismus ebenso.

Macht muss sowohl strukturell als auch hinsichtlich des Handelns von Personen transparent und kontrollierbar sein. Medien und Öffentlichkeit waren keine Instrumente im Sinne einer 4. Gewalt, die Macht hätte kontrollieren können. Und so eilten wir von Sieg zu Sieg in den Medien, hatten immer erfüllte Pläne (was spätestens nach der Plankorrektur auch stimmte) und feierten oft Leistungen, die in Wirklichkeit keine waren. Kollektivität und Gemeinschaft wurden über- und die Rolle des Individuums, der Menschenrechte und persönlichen Freiheiten unterschätzt. Außerdem war es nicht gelungen, Mechanismen der Konfliktaustragung zwischen persönlichen, kollektiven und staatlichen/gesellschaftlichen Interessen zu entwickeln. Das wird heute als Diktatur und mangelnde Rechtsstaatlichkeit kritisiert.

Trotz ausgezeichneter wissenschaftlicher Leistungen gab es theoretische Defizite, die zu spät erkannt wurden (z.B. Technikglaube, Ökologie, gelöste nationale Frage etc.). Eigene Wege und gesellschaftliche Reformen waren vor allem wegen der engen Bindung an das sowjetische (stalinistische) Modell unmöglich, aber das gehört m. E. schon zu den äußeren Bedingungen.

Vieles sehe ich heute natürlich anders als vor 15 Jahren. Der PDS wird oft vorgeworfen, dass wir uns nicht kritisch mit unserer Vergangenheit auseinandersetzen und keine Lehren gezogen hätten. Diesem Pauschalurteil

möchte ich widersprechen, wenngleich natürlich die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte schmerzhaft ist und nicht von allen gleichermaßen betrieben wird. Eine kritische Auseinandersetzung und Aufarbeitung ist aber für eine Sozialistin wie ich mich verstehe unerlässlich, wenn es um die Suche von Alternativen jenseits der herrschenden Gesellschaftsordnung geht.

II. Meine persönliche Verantwortung in Suhl

Die kritische Beleuchtung meiner Tätigkeit in Suhl muss sich zunächst auf die Jahre 1976 bis 1986 als Mitarbeiter für Jugendfragen und Abteilungsleiter Jugendfragen, Körperkultur und Sport beziehen. Ich war verantwortlich für Kinder - und Jugendarbeit, Ferien- und Freizeitgestaltung, Jugendbrigaden und Jugendneuererbewegung, Planung von Jugendeinrichtungen, Sportstätten, Spartakiadebewegung, Nachwuchsleistungssport und die drei nachgeordneten Einrichtungen meines Bereiches: Stadthalle/Schwimmhalle, Schießsportanlage und Sportstättenbetrieb. Der Öffentlichkeit ist bekannt, dass ich 1985/86 inoffizielle Mitarbeiterin der K1 – einer Abteilung der Kriminalpolizei - war. Wie sich nach der Wende herausstellte, unterlag diese der Führung durch das MfS. Ich habe diese Mitarbeit im Zuge der OB-Wahl 2000 öffentlich gemacht. Meine Akte ist einsehbar und ich habe mich Fragen dazu immer in der Öffentlichkeit gestellt. Die öffentliche Debatte zur Parlamentsunwürdigkeit meiner Person und die Wahlentscheidung von über 9000 Menschen in meinem Wahlkreis, mir erneut das Direktmandat für den Thüringer Landtag zu erteilen, zeigt m. E., dass es nicht nur um die Vergangenheit, sondern gerade auch um das persönliche Wirken in der Gegenwart, um Glaubwürdigkeit und Vertrauen geht.

Ich habe in der DDR, in Suhl, Kommunalpolitik „von der Pike auf“ gelernt. Geld war immer knapp (es sei denn, es war im Plan für große Dinge, wie z.B. die Europa- und Weltmeisterschaften im Sportschießen). Ich habe Engagement, Herzlichkeit und ehrliches Bemühen von Menschen kennen gelernt, die Zielstellung: „Der Jugend Vertrauen und Verantwortung“ mit Leben zu erfüllen und ebenso formale und halbherzige Arbeit, Zahlenhascherei, Schönfärberei und Gier nach Erfolg. Kritik war immer schwierig. Einerseits: wer kritisiert sich schon gern selbst, weil jede Kritik sofort als persönliches Versagen eingestuft wurde.

Andererseits: Wir wollten den Erfolg, auch in der Auseinandersetzung mit dem Westen! Ich auch. Beschlüsse waren dazu da, ohne Wenn und Aber umgesetzt zu werden, hieß es. Oftmals fehlten zwar wichtige Voraussetzungen, aber das wurde kaum akzeptiert- Bequemlichkeit, Unverständnis und mangelndes Engagement begegneten mir nicht selten. Vielfach habe ich erlebt, wie lang und breit erklärt wurde, warum etwas nicht geht, statt gemeinsam darüber nachzudenken, wie es gehen kann.

Ich habe erkennen müssen wie schmal der Grat zwischen Durchsetzungsvermögen und der Fähigkeit zu Motivation und Leitung im Gegensatz zu beginnender Administration und autoritärer Ausnutzung von Machtbefugnissen sein kann.

In der Kommunalpolitik habe ich beizeiten gelernt: Jede Entscheidung für etwas ist auch eine Entscheidung gegen etwas. Das gilt übrigens auch heute noch und macht Entscheidungen oft schwer.

Von 1986 bis zur Wende war ich hauptamtlich tätig in der SED - Kreisleitung, zunächst als Leiterin der Kommission Jugend und Sport und 1989 als Mitglied des Sekretariats für Kultur, Volksbildung und Gesundheitswesen. In dieser Funktion gehörte ich zur unmittelbaren politischen Führung des Stadt- und Landkreises Suhl. Das Sekretariat war ein kollektives Organ und insofern habe ich alle Entscheidungen mitzuverantworten, die im Verlauf des Jahres von der SED im Kreis getroffen wurden. Eine wirkliche Diskussion und Abstimmung über Entscheidungsvorlagen (z.B. mit Handzeichen wie heute) gab es jedoch nicht.

Welche Entscheidungen meine ich: Einschätzungen zur politischen Lage und zur Entwicklung auf wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet im Kreis, aber auch in Betrieben und Einrichtungen (darunter auch zur Veranstaltungstätigkeit, z.B. zum Karneval) und entsprechende Schlussfolgerungen, Wertungen zu Ursachen über mangelnde Planerfüllung, Ausreisewillige, Parteistrafen und Parteiausschlüsse, auch über Auszeichnungen und Ehrungen. Mit den meisten Entscheidungen und Bewertungen war ich damals einverstanden, aber oft habe ich mich auch gefragt: Warum hast du geschwiegen?

Ich will mich heute nicht herausreden: Ich habe Verantwortung getragen und deshalb will ich weder mit dem Finger nach oben oder auf andere zeigen: Sie haben Schuld. Nein: Ich auch!

Jeder, der in der DDR – an welchem Platz auch immer – Verantwortung getragen hat, war beteiligt.

Ich bedauere es, dass ein Gesellschaftsmodell gescheitert ist, dass wirkliche Emanzipation hätte ermöglichen können, weil nicht mehr Herkunft, Besitz und Vermögen Maßstab gewesen wäre, sondern der einzelne Mensch mit seinem Wissen, seinen Fähigkeiten, seiner Meinung und seinem Interesse als Individuum in der Gemeinschaft.

III. Mein Fazit:

Heute weiß ich, dass Demokratie kein schmückendes Beiwerk, sondern Voraussetzung für gesellschaftliches Miteinander und tragfähige politische Entscheidungen ist. Macht muss kontrolliert werden und es bedarf eines gesellschaftlichen Korrektivs, z.B. der Opposition, freier, unabhängiger Medien oder außerparlamentarischer Öffentlichkeit in Form von Vereinen, Verbänden und Bürgerinitiativen. Dass auch die heutige Gesellschaft dem Grenzen setzt und andere Maßstäbe hat, erleben wir täglich. Als persönliche Konsequenz habe ich mich nicht für Passivität und bequemes Zurückziehen entschieden, sondern für ein aktives politisches Handeln und den Willen, an der Gestaltung einer gerechten, solidarischen und friedlichen Gesellschaft mitzuwirken.

Meine Erfahrungen aus der Vergangenheit sind:

- Nie wieder Schweigen, wo man reden und seine Meinung sagen muss !
- Achtung vor der Meinung anderer und Toleranz ! Niemand ist im Besitz der endgültigen Wahrheit.
- Der Zweck heiligt nicht die Mittel, auch wenn es noch so gut gemeint ist.
- Resignation und Ohnmacht angesichts der Unfähigkeit von Politik lösen keine Probleme und von Kritik allein wird sich nichts ändern. Mann muss etwas tun !
- Gesellschaftliche Veränderung kann nur auf demokratischem Wege erreicht werden, d.h. der Wille zur Veränderung muss mehrheitlich größer sein als die Angst vor Veränderung.
- Der jetzige Zustand der Gesellschaft ist nicht das Ende der Geschichte.
- Ich vertraue auf die Kraft der Menschen und teile nicht die Auffassung, dass es vielen noch schlechter gehen muss, um zu handeln.
- Allein auf parlamentarischen Weg werden wir Gesellschaft nicht ändern, dazu gehört eine starke soziale Bewegung, deren Teil die Partei DIE LINKE. ist
- Es gibt immer Alternativen !